
Das Europa des Möglichen und des Notwendigen

Gespräch mit Jacques Delors*

Jacques Delors, geb. 1925 in Paris, Studium der Finanzwirtschaft/Politische Wissenschaften an der Universität Paris. Mitglied des französischen Wirtschafts- und Sozialrates, von 1969 bis 1972 Sonderbeauftragter des Premierministers Chaban-Delmas, Mitglied des Direktions-Komitees der Parti Socialiste. Von 1979 bis 1981 Mitglied des Europäischen Parlaments (EP) in der Sozialistischen Fraktion, Vorsitzender des EP-Wirtschaftsausschusses. Von 1981 bis 1983/84 Wirtschafts- und Finanzminister im Kabinett Mauroy, Finanz- und Haushaltsminister. Seit 1984 Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Frage: Ein kürzlich erschienenenes Buch trägt den Titel: „Europa: Traum -Abenteuer-Wirklichkeit“.¹ Ist Europa, so wie es heute ist, für viele Bürger nicht eher ein Alptraum? Ich denke an das Alltagsleben der Menschen in Europa, beispielsweise wenn sie die Grenzen passieren oder an die Probleme sämtlicher europäischer Staaten mit ihrer Umwelt.

Antwort: Das sind keine Alpträume, sondern Ärgernisse. Ein Alptraum war der Krieg, den die Länder jahrelang gegeneinander geführt haben. Jetzt haben sie endlich beschlossen, gemeinsam eine europäische Union zu schaffen. Davon sind sie zwar noch weit entfernt, aber sie haben zumindest Frieden untereinander geschlossen.

Für die europäischen Bürger ist Europa als Einheit noch nicht sehr deutlich zu erkennen - am ehesten noch für die Landwirte, die Bergleute und die Stahlarbeiter. Die Idee eines geeinten Europas ist von ihrer Realisierung weit entfernt. Das soll aber nicht heißen, daß nichts voranginge. Vor allem die jungen Leute fragen sich, warum noch immer Grenzen und Kontrollen zwischen den europäischen Staaten bestehen. Ich selber baue darauf, daß Europa bis zum Ende des Jahres 1992 ein lebenswürdiges, verführerischeres Gesicht haben wird.

Für wen wird Europa 1992 verführerischer und anziehender sein - eher für die Unternehmer oder auch für die Arbeitnehmer?

Nach 15 Jahren Krise wird sowohl den Unternehmern als auch den Gewerkschaften klar, daß diese Krise letztlich nichts anderes war als eine gigantische

* Das Gespräch führte Heide Langguth Ende 1987 in Brüssel. Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete Fassung dieses Gesprächs für die Festschrift zum 70. Geburtstag von Heinz O. Vetter, die Mitte dieses Jahres im Campus-Verlag erscheinen soll.

¹ Europe: Reve - Aventure - Realite, hg. von Editions Elsevier, Woluwe-Zaventem, 1987.

Umverteilung der Chancen auf Kosten Europas. Deshalb stehen wir im Kampf um die Schaffung eines großen gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit all seinen Stärken und ökonomischen Vorteilen vor außergewöhnlichen Anstrengungen, die von Unternehmern und Gewerkschaften mitgetragen werden müssen. Wenn der gemeinsame Wirtschaftsraum so verwirklicht wird, wie ich ihn mir vorstelle und wie ich ihn oft in meinen Vorschlägen an die Regierungen beschrieben habe, dann glaube ich, daß sich die Arbeitnehmer ebenso dazu beglückwünschen können wie ihre Chefs. Aber noch ist nichts gewonnen. Und da man nicht auf Wunder warten kann, muß jeder seine Arbeit tun.

Aber machen es die rund 16 Millionen Arbeitslosen in Europa (Stand: Ende November 1987) nicht gerade den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften schwer, an die Vorteile eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraumes zu glauben?

Es ist unbestreitbar, daß - mit oder ohne Schaffung eines geeinten Europas - sich das Kräfteverhältnis gegenwärtig zugunsten der Unternehmer und zuungunsten der Gewerkschaften verschoben hat. In den Zeiten der Vollbeschäftigung, also in den fünfziger und sechziger Jahren, waren eher die Gewerkschaften begünstigt. Man könnte sich stundenlang über die aktuellen Schwierigkeiten der Gewerkschaftsbewegung verbreiten, freilich müßte man dabei nuanciert zwischen Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, den Niederlanden unterscheiden. Die Situation ist nicht in allen Ländern gleich; sie ist für die Verantwortlichen in den Gewerkschaften seit dem Ende der sechziger Jahre allerdings immer schwieriger geworden.

Ich möchte aber nicht allzu sehr von der Krise der Gewerkschaften reden. Das würde möglicherweise ihre tatsächlichen Erfolge herabmindern. Ich weigere mich auch, mich in die Gesellschaft derer zu begeben, die heute Krokodilstränen über die Gewerkschaftsbewegung vergießen. Häufig sind es dieselben, die glauben, daß die Gewerkschaften nahezu überflüssig geworden seien. Für mich steht fest, daß die europäische Gewerkschaftsbewegung und die nationalen Gewerkschaften einer neuen Situation ins Auge sehen müssen, die von ihnen gleichzeitig Phantasie und Anpassungsfähigkeit, aber auch Treue zu ihren eigenen Grundsätzen verlangt.

Die EG-Kommission hat ein Weißbuch über den europäischen Binnenmarkt² vorgelegt. Der Vorwurf, der vor allem von Gewerkschaften dagegen erhoben wird, bezieht sich auf das Fehlen der sozialen Dimension. Deshalb wurde auch immer ein Weißbuch über den europäischen Sozialraum gefordert.

Nicht Worte, sondern Fakten zählen. Ich sagte bereits, daß die Gewerkschaften das Ziel unterstützen, bis zum Jahr 1992 einen Binnenmarkt ohne Grenzen zu schaffen. Sie tun das mit klarem Kopf. Wie die Unternehmer bin auch ich der Meinung, daß dieser Binnenmarkt wegen seiner Größenordnung

² Vollendung des Binnenmarktes. Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat, Brüssel, den 14. Juni 1985 (Bezug: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG Luxemburg, 1985).

zu mehr Zusammenarbeit und wegen der erweiterten Absatzmärkte zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums beitragen wird. Das wird auch neue Arbeitsplätze nach sich ziehen. Ich sehe meine Verantwortung darin, mich um ein gerechtes Gleichgewicht zwischen Ökonomischem und Sozialem zu kümmern und bin nicht dazu da, auf den Trümmern des Sozialen für eine starke Wirtschaft zu kämpfen.

Auch wenn es nicht einfach sein wird, gehen meine Bemühungen in drei Richtungen:

- Erstens will ich versuchen, eine Basis für einen sozialen und ökonomischen Dialog zu schaffen, eine Initiative, die seit dem Januar 1985 unter dem Namen der „Treffen von Val-Duchesse“ ergriffen wurde.
- Zweitens müssen jedes Mal, wenn ein neuer Schritt in Richtung Binnenmarkt getan wird, alle darin enthaltenen sozialen Implikationen analysiert werden.
- Drittens muß der Richtlinienvorschlag über Gesellschaften mit europäischer Rechtsform³ wieder aus dem Dunkel hervorgeholt werden, und es muß an die harten Auseinandersetzungen erinnert werden, die es deswegen in der Vergangenheit gab. Ich halte nach wie vor daran fest, daß die Ökonomie eine Voraussetzung des Sozialen ist und umgekehrt das Soziale eine Vorbedingung der Ökonomie ist.

Wohlgemerkt, die stärksten und vitalsten Kräfte gehen heute nicht in diese Richtung. Sie treiben eher eine brutale Deregulierung voran. Einige Unternehmer sind möglicherweise sogar versucht, das Kräfteverhältnis vollständig für sich auszunutzen. Das ist nicht meine Linie. Nach meiner Auffassung besteht die Aufgabe darin, im Rahmen vorhandener Möglichkeiten ein Europa zu schaffen, das für alle offen ist und in dem jeder eine Chance hat. Der soziale Dialog und die politische Verhandlung bilden dabei grundlegende Bestandteile unseres Entwurfes für eine europäische Gesellschaft.

Sie haben im Jahr 1985 europäische Tarifverträge vorgeschlagen, über die weder die Gewerkschaften noch die Unternehmer sehr erfreut waren. Welche Gründe hatten Sie dafür?

Als ich mich dem europäischen Parlament vorstellte, mußte ich zunächst einmal meinen Vorschlag erläutern. Im sozialen Dialog ist er ein Fachterminus für Spezialisten. Der europäische Tarifvertrag gibt für mich ein Ziel, eine Perspektive an. Im Moment kann man vielleicht auf diesen Begriff verzichten. Wer jetzt in der Hochphase des Liberalismus, in einer Phase der Deregulierung, in der die liberale Ideologie Triumphe feiert, von europäischen Tarifverträgen oder gar von sozialen Richtlinien spricht, muß damit rechnen, daß dies

³ Seit Mai 1975 liegt dem Rat der Vorschlag für die Schaffung eines „Status der Europäischen Aktiengesellschaft“ (geänderter Vorschlag siehe: Bulletin der EG, Beilage 4/1975) vor, der den Gesellschaften die Möglichkeit zu einer Gründung auf europäischer statt nationaler Ebene bieten würde. Dieser Vorschlag scheiterte aber u. a. an den darin ebenfalls vorgesehenen Mitbestimmungs- bzw. Mitwirkungsrechten für Arbeitnehmer und ihre Vertreter.

Unternehmern nicht gefällt. Dennoch muß man dieses Ziel im Auge behalten, das freilich aus dem einfachen Grunde nicht sofort zu realisieren ist, weil das Europa der Zwölf so sehr unterschiedlich ist. Wenn etwa morgen ein europäischer Tarifvertrag ausgehandelt werden sollte, dann könnte er nur den Mittelwert aller nationalen Tarifverträge enthalten. Er würde also von vornherein alle diejenigen enttäuschen, die schon wichtigere Rechte erworben haben, unter ihnen insbesondere die Deutschen, Dänen, gelegentlich die Niederländer und die Franzosen.

Damit komme ich zu einem vorläufigen Resümee: Unsere Problematik, die vom intellektuellen und politischen Gesichtspunkt her sehr schwierig ist, besteht darin, mit der Vielfältigkeit von Interessen und Problemlagen produktiv umzugehen. Daraus folgt, daß diejenigen gewerkschaftlichen Organisationen, die die fortschrittlichsten Errungenschaften für sich erstritten haben, sich für diejenigen einsetzen, die noch dahinter zurückstehen. Das ist die moderne Form des Internationalismus.

Betrachtet man das Schicksal der sogenannten „Vredeling-Richtlinie“⁴ oder der „5. Richtlinie zum Gesellschaftsrecht“⁵, so stellt sich die Frage, ob es auf ein Versagen der Gewerkschaften zurückzuführen ist oder ob sich dahinter vielmehr ein Problem verbirgt, das die Regierungen nicht lösen können?

Was die „Vredeling-Richtlinie“ und die „5. Richtlinie“ anbelangt, so hatten wir es mit einer ideologischen Opposition von gewissen Ländern und bestimmten sozialen Gruppierungen zu tun. Ich habe aber nicht die Absicht, mich dadurch entmutigen zu lassen. Um bei der „Vredeling-Richtlinie“ zu bleiben: Bei den Bemühungen um eine europäische Vereinheitlichung der Rechtsform von Kapitalgesellschaften hat sich gezeigt, daß es durchaus möglich ist, die unterschiedlichen Situationen in jedem Land zu berücksichtigen. Von vornherein ging es darum, niemandem das deutsche Modell der „Mitbestimmung“ aufzuzwingen. Aber die Deutschen wollten auch nicht, daß man dahinter zurückfällt. Und damit hatten sie Recht.

Wenn man von der Beteiligung der Arbeitnehmer in den Unternehmen spricht, hat man, wie dies im Entwurf eines europäischen Rechtsstatuts vorgeesehen ist, die Wahl zwischen mindestens drei Modellen:

⁴ Die sogenannte „Vredeling-Richtlinie“ - benannt nach dem seinerzeit zuständigen und sich dafür einsetzenden EG-Kommissar Henk Vredeling - wurde dem Rat 1983 von der EG-Kommission als „Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer von Unternehmen mit komplexer, insbesondere transnationaler Struktur“ vorgelegt (Amtsblatt der EG C 217 vom 12. 8. 1983). Der Rat konnte sich bisher über diesen Vorschlag nicht einigen und beschloß am 21.7.1986 die Beratung darüber erst Anfang 1989 wieder aufzunehmen (siehe: Schlußfolgerungen des Rates in: Amtsblatt der EG C 203 vom 12. 8. 1986). Mit der „Vredeling-Richtlinie“ sollte erreicht werden, daß Multinationale Unternehmen, auch als Drittstaaten, die Tochterunternehmen in EG-Mitgliedsstaaten haben, ihre Arbeitnehmer bzw. ihre Vertreter regelmäßig über die Situation des Konzerns informieren und vor wichtigen Entscheidungen konsultieren.

⁵ Der geänderte Vorschlag einer „5. Richtlinie über die Struktur der Aktiengesellschaft sowie die Befugnisse und Verpflichtungen ihrer Organe“ wurde dem Rat am 19.8.1983 von der Kommission vorgelegt (Ursprünglicher Entwurf: 1972), in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 240 vom 9.9.1983. Auch dieser Richtlinienentwurf, in dem vier gleichwertige Modelle für die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung von Aktiengesellschaften vorgesehen waren, ist bisher vom Rat noch nicht verabschiedet worden.

- das Modell der „co-gestion“⁶ (Mitbestimmung);
- das Modell der Tarifverhandlung, die konkrete Mitwirkungsformen von Arbeitnehmern in den Unternehmen ermöglicht;
- ein Modell, das sich an die französische Tradition anlehnt und den Akzent auf das „comité d'entreprise“ (Betriebsausschuß) legt.

An dieser Art Menükarte möchte ich weiterhin festhalten. Ich kann mir nicht recht vorstellen, welcher Art die Opposition meinerseits einer konservativen Regierung gegen ein europäisches Rechtsstatut sein wird, bei dem wir die freie Wahl lassen. Ich habe also vor, diese „5. Richtlinie“ wieder aufzunehmen und werde mich um eine Aktualisierung bemühen, damit eine solche ausweglose ideologische Auseinandersetzung, wie wir sie jahrelang erlebt haben, vermieden wird.

Aber ist nicht die Diskussion um die sogenannte „Vredeling-Richtlinie“ auf das Jahr 1989 verschoben worden? Erst dann soll sie im Rat erneut diskutiert werden. Wenn man sich aber ansieht, wieviele Niederlagen die Gewerkschaften allein hier in Belgien in der letzten Zeit gegenüber multinationalen Unternehmen haben hinnehmen müssen, dann fragt man sich doch, warum von seiten der Kommission nicht mehr Druck auf die Regierungen ausgeübt wird, damit die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften mehr Informations- und Konsultationsrechte erhalten?

Sie haben Recht. Die Kommission kann wohl einen neuen Entwurf auf den Tisch legen und sich damit ein gutes Gewissen verschaffen. Aber man wird sich dessen nicht unbedingt bedienen. Wir arbeiten deshalb daran, die Unternehmer zu Experimenten zu ermutigen, die es den Arbeitnehmern in multinationalen Unternehmen ermöglichen, rechtzeitig handfeste Informationen zu erhalten. Wir wissen nur zu gut, daß es nichts nutzen würde, wenn wir erneut eine Konzeption vorlegen würden. Mir ist es wichtig, den Vertretern der Arbeitnehmer zu zeigen, daß sie nicht vergessen sind - darin sehe ich den Sinn der „Einheitlichen Akte“.⁷ Denn im Grunde haben wir in diese „Einheitliche Akte“ Sätze einfügen lassen, die den politischen Willen zur Stärkung des sozialen Dialogs enthalten. Es liegt jetzt bei uns, dafür die richtigen Mittel zu finden - und das sind eben nicht einfach nur Worte.

Genügen Ihnen eigentlich die Instrumente, die Sie als Präsident der EG-Kommission für Ihre Aufgaben haben?

Nein, denn unsere Möglichkeiten sind sehr begrenzt. Unsere mächtigste

⁶ Hier verwendet Delors noch den alten Begriff. Inzwischen wird die deutsche Mitbestimmung in der gewerkschaftlichen Diskussion zur Vermeidung von Mißverständnissen meist mit „co-détermination“ übersetzt.

⁷ Die „Einheitliche, Europäische Akte“ (EEA) ist die jüngste und bisher umfassendste Änderung des EWG-Vertrages - im Juni 1985 in Mailand begonnen und 1987 von allen EG-Mitgliedsstaaten ratifiziert -, die konkrete Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union herbeiführen soll. Wichtigste Bereiche sind dabei: Außenpolitik, Vollendung des Binnenmarktes bis 1992, Umweltschutz, Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhaltes in der EG. Zur Erreichung dieser Ziele sieht die EEA die Erleichterung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und eine stärkere Mitwirkung des Europäischen Parlamentes bei der Rechtsetzung der Gemeinschaft vor.

Waffe ist das Initiativrecht und das, was man Vorschlagsrecht nennt. Im übrigen sind wir ein Exekutivorgan des Ministerrates. Selbstverständlich könnten wir mehr tun, wenn wir mehr Machtbefugnisse hätten. Unsere eigene Stärke besteht darin, Innovationen anzuregen, zu überzeugen und den Respekt der Regierungen zu haben.

Auf der Grundlage einer anderen institutionellen Konzeption könnte man der Kommission weitere Aufgaben zugestehen. Ich bin aber nicht sicher, ob zum Beispiel alle Gewerkschafter darüber sonderlich erbaut wären, denn etliche wissen sehr wohl, daß sie am besten im nationalen Rahmen arbeiten. Der Internationalismus ist eine nicht allzu weit verbreitete Tugend.

Es gab den Bericht der Studiengruppe „Padoa-Schioppa“⁸ und man hat einen ähnlichen Bericht über die Auswirkungen, die der Binnenmarkt im sozialen Bereich haben wird, verlangt. Wird es ihn geben?

Ich habe auf jeden Fall, parallel zum Auftrag von „Padoa-Schioppa“ im vergangenen Jahr, die gleichen Fragen an eine Gruppe innerhalb der Kommission gerichtet, damit auch hier die soziale Dimension berücksichtigt wird. Das Problem bleibt, wie man die soziale Dimension überhaupt bestimmen soll. Die Frage stellt sich jedes Mal, wenn wir im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarktes ohne Grenzen einen Text vorschlagen. Daher versuchen wir zunächst, ein rigoroses Gleichgewicht zwischen dieser Dimension und dem Rest herzustellen.

Kann man denn davon ausgehen, daß ein solcher Bericht erscheinen wird?

Es wird einen Bericht geben, der dies versucht. Unter all den schwierigen Fragen gibt es auch die der Vielfältigkeit. Bei dem gegenwärtigen Europa darf nicht vergessen werden, daß man auch mit den Regierungen rechnen und sie analysieren muß. Es handelt sich um ein Europa, das politisch eher konservativ regiert wird.

1988 beginnt mit der deutschen Präsidentschaft. Glauben Sie, daß das einen Fortschritt bedeuten wird, etwa in Bezug auf das Delors-Paket⁹, das die Verdoppelung der Strukturfonds vorsieht?

Für mich bedeutet die Umsetzung der Strategie der „Einheitlichen Akte“: das Europa des Möglichen und, wenn man so will, des Notwendigen.

⁸ Die von der EG-Kommission eingesetzte Studiengruppe unter der Leitung von Tommaso Padoa-Schioppa (stellvertr. Generaldirektor der Banca d'Italia) legte im April 1987 ihren Bericht über die ökonomischen Konsequenzen des Beitritts von Spanien und Portugal und des für 1992 vorgesehenen Binnenmarktes vor: „Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit - eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft“, Brüssel, April 1987, II/49/47.

⁹ Das sogenannte Delors-Paket ist ein Bericht der EG-Kommission: „Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden - neue Perspektiven für Europa“, in: Bulletin der EG, Beilage 1/1987. Dieser Bericht enthält Vorschläge für grundlegende Reformen, vor allem in folgenden Bereichen: Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, Reform der Strukturfonds (Verdoppelung der Mittel bis 1992), Reform des Gemeinschaftshaushalts (Bemessungsgrundlage für die Eigenmittel soll das BSP in Höhe von 1,4% werden). Das Delors-Paket sollte auf dem Kopenhagener Gipfel verabschiedet werden, der aber im Dezember 1987 vor allem auch am deutschen Widerstand scheiterte.

Was die Bundesrepublik Deutschland anbelangt, so erwarten die Europäer, daß sie unzweideutig ihren Willen zur Schaffung eines geeinten Europas zum Ausdruck bringt. Es handelt sich dabei nicht nur um eine technische Frage, sondern es geht darum zu wissen, was die Bundesrepublik Deutschland will. Dazu wird sie im Jahr 1988, wenn sie den Vorsitz innehat, eine sehr gute Gelegenheit haben. Sie kann dann deutlich machen, was sie wirklich will. Wenn sie, wie es ihre Führung sagt, für die Schaffung Europas ist, und sich auch tatsächlich darum bemüht, dann werden alle bereit sein, Texte über die Glaubwürdigkeit des Binnenmarktes zu verabschieden und eine Position zu beziehen, die aus diesem Binnenmarkt nicht eine Freihandelszone, sondern einen gemeinsamen Wirtschaftsraum machen will. Dies macht es erforderlich, dem Sozialen den gebührenden Platz einzuräumen, wie es übrigens auch die europäische Tradition erfordert, und im monetären, im Währungsbereich Mut zu zeigen. Wir erwarten mit Ungeduld diesen Test. Es liegt bei den Deutschen, sich darüber klar zu werden, was sie wirklich wollen. Ich selbst bin zuversichtlich. Ich glaube, daß diese Präsidentschaft wichtig sein wird. Sollte das Delors-Paket angenommen werden, dann geht es darum, das Abenteuer Europa in den Augen aller - der Unternehmer wie der Gewerkschaften, der Älteren wie der Jüngeren - wieder glaubwürdiger zu machen. Auch das wird eine noble Aufgabe der deutschen Präsidentschaft sein.